Auf der kommenden 25. UNO-Vollversammlung wird über diesen revidierten Entwurf beraten werden. Es ist zu wünschen, daß er als Beitrag zur Eindämmung des Wetttrüstens und zur weiteren Entmilitarisierung von Teilen unseres Planeten bald in Kraft tritt.

Zur Problematik einer Internationalisierung des Tiefseebodens

Schon bei der Diskussion um das Rechtsregime des Festlandssockels in der Völkerrechtskommission der UNO Anfang der fünfziger Jahre wurde erörtert, ob der Festlandssockel einer internationalen Verwaltung unterstellt werden sollte. Diese Frage wurde aber nicht weiter verfolgt, da „unüberwindliche Schwierigkeiten“ bei der Realisierung befürchtet wurden²⁴. Der französische Völkerrechtler George Scelle schlug 1955 vor, eine internationale Behörde zu bilden, die für die Nutzung des Festlandssockels und des Tiefseebodens Lizenzen gegen Bezahlung vergeben sollte²⁵. Clark und Sohn, zwei Verfechter der Umgestaltung der UNO in eine Art Weltregierung, wollten der UNO die Treuhandschaft über den Meeresboden übertragen²⁶.

Die oben erwähnte Initiative Maltas aus dem Jahre 1967 hat diese Pläne wieder lebendig werden lassen. Neue Vorstellungen sind hinzugekommen: Sie reichen vom Meeresgrundbuchamt zur Registrierung von Nutzflächen auf dem Tiefseeboden bis zu einer UNO-Sonderorganisation mit eigener Verwaltungs- und Steuerhoheit; aus den Einkünften dieser Organisation, die z. T. optimistisch-utopisch hoch angesetzt wurden (es wurde z. B. von 5 Milliarden Dollar gesprochen), sollten die UNO und Entwicklungsprojekte finanziert werden. Alle Vorstellungen gehen davon aus, daß der Tiefseeboden „ein gemeinsames Erbe der Menschheit“ ist, zum Wohle der ganzen Menschheit genutzt werden und daher im Eigentum der Menschheit stehen muß.

Über erste Vorstellungen zur organisatorischen Ausgestaltung dieser Auffassungen hatte der UNO-Generalsekretär 1969 der 24. Vollversammlung zu berichten²⁷. Durch die mit 100 zu 0 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen angenommene Resolution A/2574 (XXIV) Teil D vom 15. Dezember 1969 wurde ihm aufgegeben, der 25. Vollversammlung 1970 eine weitere Studie über verschiedene Typen eines internationalen Apparates („international machinery“) vorzulegen und dabei eingehend den Status, die Struktur, die Aufgaben und Vollmachten eines solchen internationalen Apparates zu behandeln. Der Apparat soll die Jurisdiktion über den Tiefseeboden besitzen und über alle Vollmachten

²⁴ UN-Doc. A/CN.4/34 (Report of the International Law Commission, 5 June — 29 July 1950), S. 61.

²⁵ sceUe, Plateau Continental et Droit International, Paris 1955, S. 59.

²⁶ Clark & Sohn, World Peace through World Law, Cambridge (USA) 1962, S. 158.

²⁷ Der Bericht ist enthalten in UN-Doc. A/7622 Annex II.

Dr. SIEGFRIED WITTENBECK, Oberrichter am Obersten Gericht

Schweigepflicht und Aussageverweigerungsrecht des Arztes

Vor Erlass des neuen StGB haben sich in einer Vielzahl von Fachdiskussionen und Publikationen Mediziner und Juristen zu Wort gemeldet, um zu einer möglichst exakten Fassung des Tatbestandes über die Verletzung des Berufsgeheimnisses (§ 136 StGB) beizutragen¹.

Das Problem der ärztlichen Schweigepflicht hat den Mediziner wie den Juristen schon immer beschäftigt. Die theoretischen Auffassungen hierzu wie auch die jeweiligen rechtlichen Regelungen lassen deutlich er-

zur Regelung, Koordinierung, Überwachung und Kontrolle aller auf die Erforschung und Ausbeutung des Tiefseebodens bezüglichen Aktivitäten verfügen. Bei der Bestimmung der Ziele des Apparates sind das „Wohl der Menschheit als Ganzes“ und „die besonderen Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungsländer, gleichgültig ob sie Küstenstaaten oder Binnenländer sind“, zu berücksichtigen.

Von imperialistischer Seite wird der Versuch unternommen, den zu schaffenden Apparat als supranationales Gebilde mit eigener Hoheitsgewalt auszubauen, in dem die imperialistischen Seemächte offen oder versteckt ihre Interessen durchsetzen wollen. Gegen eine derartige Zielsetzung wenden sich vor allem die sozialistischen Staaten. Es geht zunächst darum, das Wissen von der Tiefsee, von ihrem Boden und ihrem Untergrund zu vervollständigen. Was bisher darüber bekannt ist, reicht noch nicht völlig aus, um Rechtsgrundsätze und -normen zur Ordnung menschlicher Aktivitäten in der Tiefsee „zum Wohle der Menschheit als Ganzes“ zu formulieren und eine internationale Organisation zu schaffen. Die von der 23. UNO-Vollversammlung 1968 beschlossene „Internationale Dekade der Ozeanforschung“ für die Jahre 1970 bis 1980 kann helfen, die noch fehlenden naturwissenschaftlichen Kenntnisse und Erkenntnisse zu liefern, die das Fundament für rechtliche und organisatorische Lösungen abgeben können. Immer wird es notwendig sein, alle an der Lösung dieser Aufgaben interessierten Staaten gleichberechtigt und ohne Diskriminierung hinzuzuziehen.

Die wissenschaftlich-technische Revolution unserer Zeit führt den Menschen in neue Räume: in die Weiten des Kosmos und in die Tiefen der Meere. Der Mensch stößt bei der Erforschung und Nutzung der Tiefsee aber nicht in einen rechtsleeren Raum vor. Immer bleibt er an die zwingenden Grundsätze des Völkerrechts und damit an die Rechtspflicht zur friedlichen zwischenstaatlichen Koexistenz und Zusammenarbeit gebunden. Diese generelle Bindung muß durch spezielle, auf den neuen Tätigkeitsbereich bezogene völkerrechtliche Grundsätze und Normen ergänzt werden. An ihrer vertraglichen Ausgestaltung sind alle Staaten zu beteiligen. Die Normierung der Weltraumtätigkeit — zunächst durch eine Deklaration der UNO-Vollversammlung aus dem Jahre 1962, dann durch allen Staaten zugängliche Verträge von 1967 und 1968, denen weitere folgen werden — kann als Modell dafür dienen, welcher Weg zu beschreiten ist, um die menschliche Tätigkeit in der Tiefsee, auf ihrem Boden und in ihrem Untergrund in dem Sinne rechtlich zu regeln, daß die Erforschung und Nutzung dieses Raumes zum Wohle aller Staaten, im Interesse der Festigung von Frieden und Sicherheit in der Welt und zur Entwicklung einer internationalen Zusammenarbeit erfolgt.

kennen, daß die Festlegung des Inhalts und des Umfangs der Schweigepflicht, mit der zugleich ihre Grenzen bestimmt werden, unmittelbar von der jeweiligen Staats- und Gesellschaftsordnung und den in ihr geltenden Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens beeinflusst werden. Deshalb ist Kraatz zuzustimmen, wenn er den einheitlichen Standpunkt der Mediziner

¹ Vgl. Kraatz/Szewczyk, Ärztliche Aufklärungs- und Schweigepflicht (Bericht über ein Symposium der Masse für Medizin der Deutschen Akademie der Wissenschaften). Schriftenreihe